

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Beleggebühren, beim eigenen Postamt befreit. — Für
Ausland unter Streifenband 1.05 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 20 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
Hannover 67 377.

Nr. 42. Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Mittwoch, den 19. Februar 1930. 12. Jahrgang.

Laß uns regen Haupt und Hände,
Weil uns deine Sonne lacht,
Bald geht unser Tag zu Ende
Und es heißt uns ruhen die Nacht.
Segne uns, daß wir zum Segen
Allen werden, die du meinst,
Daß wir unsre Seele einst
Frei in deine Hände legen.
Laß uns wirkend in der Zeit
Reisen für die Ewigkeit.

Um das evangelische Konkordat.

Von Dr. Benter.
(Schluß.)

So berechtigt an sich die Forderung der Gleichstellung mit der katholischen Kirche war, so mußte sie sich unter den gegebenen Umständen sehr bald als ein zweischneidiges Schwert erweisen. Der Staat hatte nämlich in kluger Berechnung zuerst das katholische Konkordat unter Dach und Fach gebracht, um nun seinerseits einen anderen Begriff von Parität zu entwickeln. In diesem Konkordat hatte die katholische Kirche dem Staat ein Mitwirkungsrecht bei der Befestigung der Bischofsstühle eingeräumt. Hieraus folgend ging Preußen sofort zum Angriff über, um für sich das gleiche Recht gegenüber den evangelischen Kirchen zu erlangen, das heißt also, ein Mitwirkungsrecht bei der Befestigung der oberen Kirchenämter eingeräumt zu erhalten. In Frage kommt der Präsident und die beiden Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, die Generalsuperintendenten und ein Teil der Superintendenzen, etwa der in den wichtigeren Bezirken, und schließlich der Präsident des Kirchenrates. Anstatt daß das Konkordat von der evangelischen Kirche zum Anlaß der Besserung des staatlich-kirchlichen Rechtszustandes im Sinne der Aufhebung der verfassungswidrigen Gesetzgebungsbestimmungen benutzt wird, benutzt der Staat die evangelische Forderung nach konfessioneller Parität in seinem Sinn zur weiteren Erschütterung der kirchlichen Autonomie. Denn die sogenannte „politische Klausel“ ist das Herzstück des kommenden Kirchenvertrages. Demgegenüber spielt die Frage der Dotationen eine durchaus untergeordnete Rolle.

Man muß nicht grundsätzlicher Gegner des heutigen Systems sein, um hiergegen scharfen Protest einzulegen. Man braucht nicht einmal an die Bestimmungen der Reichsverfassung zu appellieren, die ausdrücklich im Artikel 137 den Religionsgesellschaften völlige Freiheit bei der Verleihung ihrer Ämter gewährleistet. Sondern man hat lediglich die allgemeinen Auswirkungen ins Auge zu fassen. Der Staat wird die Befestigung der leitenden Kirchenämter mit ihm mißliebigen Personen jederzeit verhindern können. Was dies in Preußen heißt, bedarf wohl keines Kommentars. Unabsehbar sind auch die Auswirkungen der „politischen Klausel“ in den abgetretenen, aber bei der altpreussischen Union verbliebenen östlichen Gebieten. Es droht dort die Inanspruchnahme des gleichen Rechtes durch die übrigen Träger staatlichen Kirchenhoheitsrechtes und damit die kirchenpolitische Abtrennung in Danzig, im Memelgebiet und in Polen. Denn nur bei strenger Trennung von Kirche und Staat läßt sich der Gedanke der überstaatlichen Kirche in diesen Gebieten aufrechterhalten. Von nicht zu unterschätzender Gefahr sind die Folgen einer solchen Klausel für den inneren Bestand und die Einheit der preussischen Unionskirche. Ihre Politik gegenüber dem heutigen Staat hat in einigen ihrer Provinzen bereits zu einer so starken Opposition geführt, daß eine weitere Eingabe der Kirche an diesen sozialistischen, antikirchlichen Staat geradezu die Gefahr einer Abspaltung alter Kirchenprovinzen heraufbeschwört. Hier hat sich — und diese Feststellung gilt ebenso für andere Gegenden — der Instinkt des Volkes richtiger auf die neue Situation der protestantischen Kirche eingestellt, gewußt als zumindest die leitenden Kirchenbehörden, deren Politik man ohne Verständnis, ja, mit innerer Unruhe gegenübersteht. Es muß einmal offen gesagt werden, daß man im Lande allmählich nicht mehr begreift, wie so wichtige Verhandlungen wie die um das Konkordat hinter verschlossenen Türen vor sich gehen. Wir sind keine autoritäre katholische Kirche, deren Oberhaupt einfach befiehlt, aber auch befehlen kann, weil die Erfolge langer Jahrhunderte ihm stets Recht gegeben haben — während wir unsere Kirche in einer hoffnungslosen Unterlegenheit gegenüber dem Staat sehen, die durch jene Geheimpolitik, welche auf einen lebendigen Rückhalt an den lebendigen Kräften des Landes verzichtet und ihre letzten Reserven verschmährt, die sie in die Waagschale werfen könnte, nur noch trost-

loser wird. Die Zeit der diplomatischen Verständigung muß, wenn die Kirche ihr Eigenleben retten will, einer kämpferischen Haltung weichen.

Es hat den Anschein, als ob man sich an leitender Stelle durch das Vorbild der geschmeidigen Diplomatie der katholischen Kirche dazu verführen läßt, denselben Weg einer „loyalen Verständigung“ zu beschreiten. Man übersieht hierbei leicht, daß die wahre Haltung der katholischen Kirche durch die engen parteipolitischen, parlamentarischen und koalitionsmäßigen Beziehungen der Zentrums- und katholischen Parteien zum Staat verdeckt wird. Hier ist Zentrum nicht unbedingt identisch mit katholischer Kirche. Die politische Vertretung des Katholizismus mag sich noch so sehr auf den Boden dieses Staates stellen — keine Kirche wird ihn immer nur als die gegebene Ordnung betrachten, die heute so und morgen so sein kann, aber nun einmal unerlässlich ist, um überhaupt wirken zu können. Diese Einstellung mit dem Blick auf die überzeitlichen Ziele der christlichen Kirche nur das Notwendigste an politischen Bindungen einzugehen, ist heute, wo der Staat entschärft, ja, sogar zum guten Teil antichristlich geworden ist, auch für die evangelischen Kirchen die einzig angemessene.

Ihre Loyalität gegenüber dem Staate besteht in der Anerkennung der verfassungsmäßigen Ordnung. Die wahren Wurzeln ihrer Kraft hat die Kirche einzig und allein im Volke zu suchen. Und hier harren ihrer Aufgaben, denen sie nur in voller Freiheit nachkommen kann. Generalsuperintendent Dibelius hat jüngst in Berlin einen eindrucksvollen Vortrag über die neue Lage der evangelischen Kirchen gehalten, der gerade um diese Gedanken kreifte. Auch er beklagte sich darüber, daß man sich in weiten Schichten der protestantischen Bevölkerung noch zu wenig hierauf eingestellt habe. Aber je mehr die antichristlichen Mächte von Staat, Schule, öffentlichem Leben usw. Besitz ergreifen, um so mehr wird dem Protestantismus der Kampf um die Selbstbehauptung aufgegeben werden. Der Katholizismus vermag sich durch seine mächtige politische Vertretung noch einigermaßen zu schützen. Singsingen wird der Protestantismus die ganze Wucht des eigentlichen Protestantismus auszuhalten haben und tut dies bereits, wie tägliche Beispiele lehren. Und es könnte für ihn kein größeres Unglück geben, als wenn zu Beginn dieses Kampfes ihm die Hände gefesselt würden eben von der staatlichen Gewalt, die bereit und gewillt ist, diese antikirchlichen Mächte nach Kräften zu fördern.

Wir wissen, daß bestimmte Kreise innerhalb des Protestantismus am Werk sind, die am liebsten die schwarz-rot-goldene Fahne auf den Kirchentürmen hissen möchten. Entweder haben sie nichts aus der Geschichte gelernt, die gerade im letzten Jahrhundert gezeigt hat, daß eine enge Bindung zwischen Staat und Kirche für letztere immer ein Schaden ist... oder soll etwa unsere Kirche wieder die Verbündete des Besiegten von morgen sein?

Oder es sind Leute wie etwa Herr Prof. Rade mit seiner „Christlichen Welt“, die von dem Ressentiment gegen den alten Staat leben und den „Mannesmut vor Königsthronen“ mit der „loyalen Gesinnung gegenüber der Republik“ vertauscht haben. Wie sich solches auswirkt, war jüngst in der „Christlichen Welt“ ergötzlich zu beobachten. Einem ihrer Leser war beim Anblick heutiger staatlicher Zustände doch einmal die Galle übergelaufen und er hatte in einem Brandbrief an Herrn Rade recht unverblümt dessen schweigsame Loyalität in nichtmüßig-verstehender Weise angegriffen. Es bedurfte einiger Zeit, ehe Herr Professor Rade die Sprache wiederfand, — um dann in einem hilflosen Gieranz erst einmal das von dem Briefschreiber gebrauchte Wort Korruption in Konnexion umzuwandeln und dann ein Klagegeld über die Bettermisstände von Korpsbrüdern im alten Staat anzustimmen. Herr Professor Rade, was im alten Staat faul war, interessiert uns heute sehr wenig. Wir sehen, was heute faul ist, und wir verlangen, daß aufrechte Menschen Korruption nennen, was eine solche ist. Sie Rhodus, sie falka! Und wenn sich gar die Kirche dieses Recht nehmen ließe, um aus der Hand des Staates dankbar einige Millionen entgegenzunehmen, dann wird sie vermutlich bald die Erlaubnis erhalten können, die Vereinskassen des Reichsbanners einzuweisen, — aber für die religiöse und sittliche Erneuerung unseres Volkes scheidet sie aus.

Und nun noch ein Wort zur parlamentarisch-politischen Situation. Es ist wohl unbestritten, daß die Hauptverantwortung für die schwierige Lage, in die die evangelischen Kirchen mit ihrem Verlangen nach einem Staatsvertrage gekommen sind, die demokratische Partei trifft. Vom Zentrum kann man schließlich nicht verlangen, daß es für die protestantische Kirche die Rastanten aus dem Feuer holt, obwohl die rücksichtslose Art, mit der es sich seinen

Vorteil sichert, in einem bedauerlichen Gegensatz zu der täglich brennender werdenden Notwendigkeit steht, in kulturpolitischen Fragen eine einheitliche Front aller christlich-konservativen Kräfte aufzurichten. Aber es bleibt dabei, daß die demokratische Partei als einzige Koalitionspartei und noch dazu dem maßgebenden Ressortminister nahestehend, die Möglichkeit gehabt hätte, einen gleichzeitigen Abschluß der Staatsverträge mit katholischer und protestantischer Kirche zu erzwingen. Sie hat aus schwächlicher koalitionspolitischer Rücksichtnahme hierauf verzichtet und sich bei einem Versprechen beruhigt, das ein Danaergeschenk ist. Man wird sich beizeiten dessen entsinnen müssen, um die demokratische Partei zur Rechenschaft zu ziehen ob einer Handlung, die dem Verbot an Lebensinteressen der evangelischen Kirche nahekommt. In manchen Kreisen der Partei ist das Bewußtsein dieser schweren Verantwortung auch durchaus lebendig, wie aus einer Reihe von Zeitungsstimmen hervorgeht, die eine sorgenvolle Unruhe wegen der ganzen Entwicklung zum Ausdruck bringen. Gleichfalls ist hierauf zurückzuführen, daß die demokratische Partei beim Wechsel im preussischen Kultusministerium so plötzlich ihre protestantischen Interessen entdeckte. Denn man weiß sehr genau, was die Entlassung Herrn Beckers für den Weitergang der Konkordatsverhandlungen bedeutet.

Angesichts der Unzuverlässigkeit oder der Ohnmacht der protestantischen Parteien im Parlament, ist schon öfters angeregt worden, einen überparteilichen Ausschuss zur Behandlung evangelischer Fragen besonders in Hinblick auf den Kirchenvertrag zu bilden. Es ist bedauerlich, daß diese Anregung bisher immer wieder auf unüberwindbare Schwierigkeiten gestoßen ist, wie es heißt, nicht zuletzt bei den Kirchenbehörden. Dabei erscheint eine parlamentarische Unterstützung ihrer Politik heute als unerlässlich. Nicht allein, weil der Parteiencharakter des Staates dies erforderlich macht, sondern auch, weil die Organisationsform der evangelischen Kirchen keineswegs dazu angetan ist, die Interessen des Protestantismus nachhaltig und geschlossen zu vertreten. Hier rühren wir an eine überaus fühlbare Schwäche in seiner Position. Es dürfte wohl nun wenigen bekannt sein, daß es in Deutschland trotz der Vereinheitlichung nach 1918 noch immer 28 evangelische Landeskirchen gibt, davon in Preußen 7. Bis 1918 waren es 35. Eine solche Zersplitterung ist weder historisch gerechtfertigt noch zeitgemäß. Sie widerspricht auch völlig dem Bewußtsein des einzelnen Protestanten, der nur eine einzige deutliche evangelische Kirche kennt. Es ist bedauerlich, wenn in solchen Notzeiten wie den jetzigen aus veraltetem Partikularismus und aus persönlicher und bürokratischer Rivalität die notwendige Geschlossenheit des Protestantismus nicht durchzusetzen ist. Die bisher erzielten Zusammenschlüsse erschienen doch nur als unzulänglicher Notbehelf. Es sollte sich zum mindesten erreichen lassen, daß für jedes Land eine einzige Landeskirche geschaffen wird. Leider sind die Aussichten hierfür nicht gerade günstig. Und das Konkordat wird vollends dazu beitragen, den jetzigen Zustand in Preußen zu stabilisieren, wenn nicht sogar eine weitere Zersplitterung herbeiführen.

Das protestantische Kirchenvolk hat ein Recht darauf, daß all diese Dinge aus der Stille der Amts- und Verhandlungsräume bald an das helle Licht der Öffentlichkeit gerückt werden; und seine Führer haben die Pflicht, seine lebendigen Kräfte in den Dienst zu stellen. Denn wenn nicht alles täuscht, geht es schon heute nicht mehr um den Bestand oder die Verwerfung der „politischen Klausel“, dieses Herzstückes des Kirchenvertrages, sondern nur mehr um seine mehr oder minder ausgeprägte Form. Die Zeit dürfte bald gekommen sein, wo es gilt, zum Verhandeln das Handeln hinzuzufügen.

Der Kampf um die Polizeistunde.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschloß am 14. Februar mit 16 gegen 12 Stimmen, dem § 14 des Gaststättengesetzes folgende Fassung zu geben:

„Die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften aller Art wird auf 1 Uhr festgesetzt.“

Die Oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde hat die Befugnis, die Polizeistunde zu verlängern — sie kann auch für bestimmte Orte und für bestimmte Zeiten eine frühere Polizeistunde festsetzen. Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichstages nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gastwirtschaftsgewerbes Ausführungsbestimmungen, nach welchen Gesichtspunkten eine Verlängerung oder Verkürzung der Polizeistunde verfügt werden kann. Der Ausschank von geistigen Ge-

auch wie immer und ich ge-
nun verstehen Sie sich, bitte,
er sich über jede Hungersnot
de reibt, wenn er von Epidemien
von Volksentbrüchen in Un-
t und allgemeiner Not in
unter erwidert: „Der Tiger
das Schaf, um gerissen zu
s dafür. Also zerreißen auch
dazu hat die Natur Sie nun
man da nicht unwillkürlich
wirtschaftliche Not Deutsch-
hen Landwirtschaft wird: Die
n usw., sich auch die Hände
eich selbst so viele ungetreue
p im Kleinen es ganz un-
recht“ betrachten, wenn sie
schen schädigen zu eigenem
nach Willkür, ohne Furcht vor
o. Daß es gar keine Befehle
hängt wohl damit zusam-
n und Kommunisten (offen-
ruder sind, denen ja die Aus-
besitzen, oberstes Gesetz ist.
Dieses Baden ein Kommunist als
be. Vor einigen Jahren soll
in, daß auf dem Bekehrer-
schicht worden wäre. In Ob-
ht Sozialdemokrat oder Na-
ichts durchsetzen. (Ob das
in ich nicht beurteilen, aber
nders schlimm.) — Wenn es
ieht, dann kann sich niemand
schaft darniederlegt und nicht
on den geringen Landwirten
eres der Fall und ein oben-
könnte doch vielen geholfen
ndwirtschaft in Ost und West,
n Fabriklohn usw. nachlagen
höhere Schulen drängen, zur
e zurückkehren würden und
eute ihren Verdienst, so wie
önnten. —
A. K.

Zeitschriften.
Alkoholfrage. Heft 1: Volks-
aufgabe, 23. bis 24. Tausend.
koholgenusses. 4. Auflage 18.
Verlag G. m. b. H., Berlin

Bethel.
woch, den 19. Februar, je-
des Affaphreums den schönen
film
olle:
ntischen Film
B u n d e r w e l t
kas“.
statt: um 2 Uhr für die Ju-
1/2 Uhr für die Insassen der
für jedermann.
t im Vorverkauf für Erwach-
e bis zu 117 Jahren 30 Pf.
0 Pf.

junger Männer. Vorkerkel-
charführer, kommt am Don-
Bethel. Nachm. 5 1/2 Uhr für
Uhr für den Gesamtverein

Zeit einen Kinderwagen?
richt erbeten zum Dankort.

verfallen!
schlafen. Die natürlichen Joy's
Ohnen die ersehnte Ruhe wieder.

Rundfunk
rogrammteil
ten erweitert!
...
ach wie vor die Zeitschrift
om ausführlichsten
rogramm der Welt!
Monatsbezug RM 2.-
amt oder Buchhandlung
v. Vorlag Berlin N24

haben im „Aufwärts“ großen
Erfolg

aus Bethel.
z hat abzugeben Morija.

tschafts- und Weltpolitik: Dr.
mann, alle in Bethel. Zufrieden-
eld. Schließfach 28. Für Ges-
Hannover 673777. „Aufwärts“, Christ-
Bielefeld. Fernruf 3911/3916. Am
Verlag: Anstalt Bethel.

tränken in Gast- und Schankwirtschaften sowie der Kleinhandel mit geistigen Getränken darf nicht vor 7 Uhr beginnen."

Vor zehn Jahren noch war in Deutschland „die Polizeistunde“ in der Regel 11½ Uhr abends; dann wurde sie auf 12 Uhr, für die großen Städte auf 1 Uhr festgesetzt. In Berlin ist die Polizeistunde dann, als Minister Severing aus dem Amte schied und Minister Orzeszinski sein Amt antrat, auf 3 Uhr nachts angelegt. Der Abgeordnete Köster von der Wirtschaftspartei beantragte im Ausschuss die Beseitigung jeder Polizeistunde, gewann aber dafür nicht eine einzige Stimme; selbst der Abgeordnete Hampe, der sich namens der Deutschnationalen Kampfpartei in derselben Richtung ausgesprochen und den Minister Orzeszinski für seine Freigabe des Nachtlebens gelobt hatte, hielt die volle Beseitigung der Polizeistunde für aussichtslos.

Schreiber dieser Zeilen wies auf die beiderseitigen Fronten hin: Für Einschränkung des Nachtlebens sind die Frauen so gut wie ausnahmslos; also mehr als die Hälfte der deutschen Wählerschaft! Gleichwohl steht die deutsche Arbeitnehmerschaft, auch die christlich-nationale Arbeiterschaft, fast geschlossen für eine frühe Polizeistunde ein, nicht zuletzt der „Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten“.

Auf der anderen Seite stehen die Nachtschwärmer, die Preussischen Polizeipräsidenten und eine Anzahl Einspänner. Allgemeines Befremden erregte in der Denkschrift des Preussischen Innenministers, die im Ausschuss zur Verteilung kam, die sonderbare Behauptung: „Die Bekämpfung des Alkoholmißbrauches ist keine polizeiliche Aufgabe!“

Gewiß muß man den Bedürfnissen des Lebens Rechnung tragen, aber Berlin hat doch offenkundig ein besonders ausgeprägtes Nachtleben. Es ist doch nun einmal Tatsache, daß andere Staaten selbst für ihre Großstädte weit schärfere Bestimmungen haben.

In London dürfen die Schankstätten wochentags nur neun Stunden lang alkoholische Getränke ausgeben, an Sonn- und Feiertagen nur fünf Stunden lang. Im Zentrum und im Westen Londons besteht die Ausschankzeit wochentags von 11½ Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 5½ Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends. Für das übrige London sind die Ausschankzeiten wochentags von 11 vormittags bis 3 Uhr nachmittags und von 5 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends. An den Sonntagen ist allgemein um 10 Uhr abends Schluß.

In Paris ist die Polizeistunde auf 1 Uhr nachts festgesetzt und für gewisse Lokale bis auf 2 Uhr nachts ausgedehnt.

Für Rom, wie für ganz Italien, ist der Alkoholausschank von 10 Uhr morgens bis 11 Uhr abends und im Winter bis 10 Uhr abends gestattet.

In Moskau ist die Polizeistunde für Restaurants und Kaffees mit Küche und Bierauschank auf 11 Uhr festgesetzt. Wein- und Schnapschänken müssen um 7 Uhr abends schließen.

In Wien sind die Lokale bis 12 Uhr nachts geöffnet, die Kaffeehausbetriebe bis 1 Uhr. Auf Antrag kann einwandfreien Betrieben eine gelegentliche Verlängerung gegen Erlegung einer Steuer zugestimmt werden.

In Bern ist um 11 Uhr Polizeistunde, Sonntags um 12 Uhr, in Zürich um 12 Uhr.

Nach diesen Feststellungen hat also Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reiches, wo die Polizeistunde auf 3 Uhr morgens festgesetzt ist, die längste Polizeistunde aller europäischen Hauptstädte.

Hoffentlich tritt der Reichstag in Kürze der Ausschlußmehrheit dahin bei, daß er, im Interesse der Sittlichkeit, der Volksgesundheit und der sozialen Gerechtigkeit, dem

Ueberhandnehmen des Nachtlebens einen Damm entgegenstellt.

Der Spättrunk steigert die Kriminalität, schädigt das Familienleben und gefährdet die Volksgesundheit, während eine frühe Polizeistunde eine Wohltat für die Wirte wie für die Angestellten ist. Man wird dem in diesem Kampfe hochverdienten Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Wegmann Recht geben müssen, wenn er sagt: „Im großen Ganzen, auf die Massenerscheinungen gesehen, wird bei der Arbeit nicht oder nur wenig getrunken. Erst wenn die Arbeit beendet ist, die Erholung in ihr Recht tritt, beginnt das Trinken als eine der beliebtesten Formen vermeintlicher Erholung. Und die Arbeitszeit dediziert sich wenigstens für die ungeheure Mehrzahl der Menschen noch mit dem Tage. Also die Abendstunden sind die Hauptstunden des Trinkens. Die späte Stunde ist im wesentlichen die Stunde der heftigen, leistungsfähigen Trinker, der Zecher, die eigentliche Stunde des Zuvieltrinkens.“

D. Reinhard Mumm, M.d.R.

Nur 35,4 Milliarden?

„35,4 Milliarden Gesamtschuld!“ lautet die dreispaltige Schlagzeile des „Vorwärts“ vom 14. Februar. Aber der „Vorwärts“ ist es nicht allein, der in so sensationeller Weise die Youngtribune von 114 Milliarden auf 35,4 Milliarden Goldmark herunterzockert. Das hat längst vor ihm die Reichsregierung mit ihrer bekannten Denkschrift und nun auch wieder Reichsaussenminister Dr. Curtius im Ausschuss des Reichstagsausschusses getan. Zwar ist, wie Dr. Curtius in demselben Ausschuss erklärte, die Belastung aus den ersten Annuitäten von den Sachverständigen für die ersten 37 Jahre auf den Durchschnitt von 1988 Millionen Reichsmark (soll doch wohl Goldmark heißen?) berechnet worden, was also allein für die ersten 37 Jahre schon eine Tributverpflichtung von 73,5 Milliarden ergibt, — aber nichtsdestoweniger wird dem staunenden Volke vorgerechnet, daß unsere Gesamtschuld nur 35,4 Milliarden betrage. Die Zauberformel bei diesem Rechenkunststück aber lautet — „Gegenwarts-wert“!

„Wenn nämlich ein Landwirt“ — argumentiert Dr. Curtius — „eine Hypothek von 34 500 Mark aufnehme, die mit 5,5 Prozent zu verzinsen und in 58 Jahren zu tilgen sei, habe er auch in der Summe der Jahreszahlungen 113 500 Mark zu zahlen. Gleichwohl werde niemand daran denken, zu behaupten, daß der Landwirt oder sein Grundstück mit 113 500 Mark belastet seien. Seine Schuld werde stets nur mit der Nominalschuld seiner Hypothek, nämlich 34 500 Mark beziffert werden. In der gleichen Weise müsse man auch die Schuld aus dem Youngplan berechnen, nämlich mit 34,50 Milliarden RM.“

Das ist natürlich sehr schön gesagt; aber das deutsche Volk hat allmählich doch soviel kaufmännisch denken gelernt, um zu wissen, daß es mit einer Hypothek, die auf einem bestimmten Wirtschaftsgut lastet, doch etwas ganz anderes auf sich hat, als mit den Tributsummen, die ohne einen Pfennig Gegenwert an das Ausland verloren gehen.

Vergessen Sie die Werbung für den „Aufwärts“ nicht!

Schwer ist es, etwas ausgesprochen Christliches zu finden, das gerade dieses Alter wirklich liebt!

Die Schriftenniederlage der Anstalt Bethel bietet zur Konfirmation zwei kleine Bücher an: „Unverzagt und ohne Grauen“, jetzt in zweiter Auflage erschienen, für Konfirmanden, und „Unter Gottes Augen“ für Mädchen, beide von M. Weber zusammengestellt. Man wundert sich nicht, daß das für die Knaben bestimmte Büchlein bei seinem ersten Erscheinen sehr gern gekauft worden ist. Wer hörte nicht gespannt zu, wenn Missionsinspektor Trittelwitz erzählt! Er hat drei Geschichten beigezeichnet. Daneben finden wir ein Missionserlebnis von Missionar Hosbach und Baurat Schmidts wunderbare Lebensgeschichte kurz erzählt. Auch das zweite, für Mädchen bestimmte, Büchlein wird vielen gefallen. Es sei freudlichst empfohlen, sich die Schriften einmal vorlegen oder schicken zu lassen; man wird dann sehen, ob sie für die, die man beschicken will, angebracht sind. Denn selbstverständlich eignet sich eines nicht für alle; Alter und geistige Reife machen große Unterschiede aus. Für einen weiten Kreis unserer Konfirmanden sind diese nach Form und Inhalt schlichten Bücher recht geeignet. Sie sind lebendig und anschaulich geschrieben, gehaltvoll und doch jugendgemäß. Preis der Feste je 25 Pfennig.

Noch auf zwei andere Erscheinungen der Schriftenniederlage Bethel sei bei dieser Gelegenheit hingewiesen: auf das „Lukas-Evangelium“ und auf „Tersteegen“, eine Auswahl von M. Weber, beide Bücher sind von Meta Voigt-Clarius illustriert, je 4.— kostend. Der Geschmack ist verschieden und die künstlerischen Maßstäbe sind es auch. Rudolf Schärer wird mit Recht weithin geliebt — und trotzdem scheint mir vieles von dem zutreffend zu sein, was man kritisch gegen seine Bilderbücher gesagt hat. Man muß nicht gleich Dürer und Rembrandt zitieren, wenn einer die Bibel illustriert, und man muß bedenken, daß es zweierlei ist: die alten, lieben Geschichten der Bibel mit den jedermann verständlichen Mitteln einer altvertrauten Kunst noch einmal zu erzählen, und: ein bis ins Innerste erschütterndes Erleben der in der Schrift begegnenden Gotteswirklichkeit in einer künstle-

Sehr klar und anschaulich wird das von Oberfinanzrat Dr. Bang — wie folgt — herausgestellt:

„Die Gegenüberstellung mit dem theoretischen Gegenwarts-wert läßt sich überhaupt nicht rechtfertigen. Nicht einmal Frankreich hat gewagt, uns dieses Exempel aufzumachen. Das ist der deutschen Erfüllungspromissens vorbehalten geblieben. ... Eine Hypothek ist die Sicherung eines Kredites, also eines produktiven Geldzuflusses, aus dem eine Rente erwartet wird, die größer sein muß als die Zinslast. Wenn u. s. Herr Morgan heute 35 Milliarden zu 5,5 Prozent borgen würde, ohne die Verpflichtung, sie lediglich als Durchgangspunkt für Erfüllung zu buchen und nach der Buchung gegenwertlos sofort wieder abzuführen, — wenn wir also mit diesen 35 Milliarden zu 5,5 Prozent produktiv arbeiten oder sie meinetwegen zu 7 Prozent weiter verpumpen könnten, dann würden auch wir von einer Belastung mit 35 Milliarden reden. Aber darum handelt es sich ja leider nicht. Die uns auferlegten Annuitäten sind weder eine Rente, noch ein Kredit, noch sonst ein Geldzufluß, sondern sie sind gegenwertlose Erpresserlasten, sind willkürliche Erhöhungen der Generalunkosten der deutschen Gesamtwirtschaft, sind Blutabzapfungen, wie sie in der Geschichte überhaupt noch nicht erlebt wurden. Sie mit ihrem „Gegenwarts-wert“ einzufügen, ist harter Unfug.“

Diese Auffassung des Herrn Dr. Bang wird in ihrem sachlichen Teil (das parteipolitische Beiwerk haben wir fortgelassen) auch von solchen Persönlichkeiten geteilt, die zwar grundsätzlich auf dem Boden der Erfüllungspolitik stehen, die aber gleichwohl von der tendenziösen Schönfärberei unserer Regierungsstellen weit abdrücken. Auch wir halten es für besser, dem Volke beizeiten die Wahrheit zu sagen, als es in der bisher üblichen Weise über Dinge hinwegzutäuschen, deren tragische Folgewirkungen sich auf die Dauer doch nicht verheimlichen lassen.

Hindenburg und Haag.

— Berlin, 18. Februar.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Montag den Führer der Deutschnationalen Volkspartei Geheimrat Dr. Eugen Berg und den Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberjohren. Den Gesprächsgegenstand bildete selbstverständlich die politische Lage, also die bevorstehende endgültige Entscheidung über den Youngplan und die Liquidationsabkommen. In den vorausgegangenen Tagen hatte der Reichspräsident über die gleichen Fragen bereits Unterredungen mit dem Reichsfinanzminister Müller, dem Minister des Auswärtigen Dr. Curtius und den neuen Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums, den Abgeordneten Dr. Scholz und Dr. Brünning.

Der Führer-Empfang im Präsidentenpalais bildet einen neuen Beweis für das ernste Pflichtgefühl, das den Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall seit jeher ausgezeichnet hat. Hindenburg hat sich bekanntlich seine Stellungnahme zu dem Haager Vertragstext vorbehalten, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wo gemäß der Reichsverfassung die Entscheidung an ihn herantritt. Zu begrüßen ist, daß Hindenburg auch in der Streitfrage des Youngplans von aller Seiten Rat entgegennimmt und alle Seiten zu Wort kommen läßt, um dann nach gewissenhafter Prüfung selbst seinen Entschluß zu fassen.

Wie der Reichspräsident sich schließlich entscheiden wird, steht im Augenblick noch dahin. Nicht im Zweifel steht aber, daß, nachdem die Entscheidung gefallen ist, sie respektiert werden muß als ein Entschluß, der eingegeben ist von dem Willen, in der kurzen Spanne Zeit, die diesem getreuen Eckart des deutschen Volkes noch gegeben ist, dem ganzen Deutschland zu dienen und zu nützen. Und das wird hoch-

rischen Sprache, die ganz der Schicksalsstunde der Gegenwart entspricht.

Schlichte Naturen wird man für Letzteres kaum begreifen können; man soll sie darum nicht gering achten. Aus solchen Spannungen besteht alles Leben.

So möchte ich auch diese beiden Bücher, ihrer Grenzen wohl bewußt, nicht ungenannt lassen. Wo man innerlich auf die Welt der Meta Voigtschen Kunst abgestimmt ist,



Unter Gottes Augen

wird man Freude an ihren Bildern haben. Gewiß gibt es auch Jugend genug, die sich an der beneidenswerten breiten Sprache dieser Kunst ergötzt. Freilich — das muß offen gesagt werden — Tersteegen ist in diesen Bildern oft nicht wiederzuerkennen. Mystische Tiefen sucht man vergebens. Es ist die Tragik aller Illustratoren, daß sie unter Umständen Stoffe malen müssen, die ihrer Mentalität nicht entsprechen. Dennoch wollen wir dankbar sein, wenn erst einmal in diesem Gewande das Erwäge an die Menschen herankommt. Hier hat jegliche Volkskunst ihr unbestreitbares bleibendes Recht.

Pastor Voigt, Bethel.

Auch eine Konfirmationsfrage.

Die Frage nämlich: Was schenke ich zur Einsegnung? Diese Frage kann einem wohl Kopfzerbrechen machen. Einmal ist es überhaupt schwer, für das berühmte Alter „zwischen 14 und 17“ etwas Passendes zu finden, und dann möchte man doch gern eben etwas zur Einseg-



Unverzagt und ohne Grauen!

nung schenken. Nachdenkende evangelische Christen werden es nicht gern sehen, wenn der Gabentisch von allen möglichen Dingen bedeckt ist, von denen man annimmt, daß der junge Mann oder das junge Mädchen sie gut gebrauchen kann, während kaum ein einziges Geschenk an die innere religiöse Bedeutung des Tages erinnert. Schreibmappe und Bindeschilder, Füllhalter und Uhrarmband sind gewiß schätzenswerte Sachen, aber sollte man nicht etwas schenken, wodurch unsere Konfirmanden innerlich bereichert werden?

Über da beginnt die eigentliche Not. Gute Bücher und Bilder allgemeiner Art gibt es sicher genug, aber wie

genügend alle scheidung nur das Gegen-

Die sta- denten sind nach der g Reichspräsi Reichsfanzle- tant des Sta- ten dagegen aber wäre e der Stellung verglichen. nur Repräse dem Reichsh eingekäumt Wacht des

Verfasse der Reichspr gemäh zufia Man kann Reichspräsi nicht zu bill freist. St von den St ihm je stek treiben oder machen.

Kurz d Beiprechun pelten Jwee Gründe der plans infor über die Ab der Annahm diese Vorlag dern nach d noch der Re ner hat ein hinausgeschie fordern.

In dem noch einige vor, je kürz scheidung tr ten werden. Schlusßampl Youngplan deutet und Neberfpa jä h i g e i e wie sie bi worden sind

Es w Stellung in als es tatst Ausdruck g krassefegung deutschen die Revifia

Das E genben Ber Parteiführer

Der M Deutschnat berg, und Reichstagsf fassung üb denten hin abkommens gung der deutchen Reichspräsi merksamte liche Entsch tungen un halten zu

Kri- Erste S

Die Artikel m jeren. Z duld und Schwierig handelt in Konferenz gang der die franz zurück.

Der graph“ w rilantischer dieu zu d abhischen nur als Staa nischen P Annahgie das Berl Wenn di würden, verständig die engli zusehen.

Über Ab to m schrumpft daß es e vor 1933 möchte-W nicht für

Den Die Dinzuziel weil der Preußen wendige

von Oberfinanzrat
t:
eoretischen Gegen-
rechtfertigen. Nicht
esenes Exempel auf-
illungspropaganda
he ist die Sicher-
u k t i v e n G e l d -
t wird, die größer
err Morgan heute
würde, ohne die
tgs. w. n für Ge-
n gegenwertlos
ir also mit diesen
o arbeiten oder sie
erpumpen könnten.
stung mit 35 Mil-
sich ja leider nicht
weder eine Rente,
uß, sondern sie
ten, sind willkür-
wie sie in der Ge-
den. Sie mit ihrem
er Unfimm."

ung wird in ihrem
einwerk haben wir
heiten geteilt, die
Erfüllungspläne
ndensjösen Schön-
it abbrechen. Auch
eizzeiten die Wahr-
elichen Weise über
e Folgewirkungen
hen lassen.

Saag.
18. Februar.
urg empfing am
nalen Volkspartei
Vorständen der
Dr. Oberfohren.
stverständnis die
e endgültige Ent-
die Liquidations-
nen Tagen hatte
n Fragen bereits
ler Müller, dem
s und den neuen
n der Deutschen
Abgeordneten Dr.
entenpalais bildet
B l i c k t g e f ä h l
nerfeldmarschall
burg hat sich be-
dem Haager Ver-
eis zu dem Zeit-
ist, daß Hinden-
Youngplans von
alle Seiten zu
wissenhafter Prü-
ssen.
chließlich entschei-
dahn. Nicht in
Entscheidung ge-
uß als ein Ent-
n Willen, in der
freien Gdard des
m ganzen Deutsch-
nd das wird höf-
stunde der Gegen-
Vestieres kaum be-
nicht gering achten
Leben.
her, ihrer Grenzen
st man innerlich
nst abgestimmt ist.

haben. Gewiß gibt
beneidenswert die
freilich — das muß
in diesen Bildern
e Tiefen sucht man
ustratoren, daß sie
n, die ihrer Ment-
wir dankbar sein,
das Erwege an die
che Volksherrschaft
or Boigt, Bethel.

entlich alle Parteien davon abhalten, nach der Ent-
scheidung nun auch noch den Namen Hindenburgs in
das Geklättel herabzuziehen.

Die staatsrechtlichen Befugnisse des Reichsprä-
sidenten sind allerdings nicht sonderlich umfangreich.
Nach der geltenden Verfassung bestimmt nicht der
Reichspräsident die Richtlinien der Politik, sondern der
Reichstag. Der deutsche Präsident ist Repräsen-
tant des Staates, der Präsident der Vereinigten Staa-
ten dagegen der Führer des Staatsschiffes. Verfehlt
aber wäre es, die deutsche Präsidenschaft etwa mit
der Stellung des französischen Staatspräsidenten zu
vergleichen. In Frankreich ist der Staatspräsident
nur Repräsentant, in Deutschland dagegen hat man
dem Reichspräsidenten auch politische Befugnisse
eingeräumt, weil man ein Gegengewicht gegen die
Macht des Reichstags schaffen wollte.

Verfassungsrechtlich umstritten ist die Frage, ob
der Reichspräsident seine Unterschrift unter ordnungs-
gemäß zustandgekommene Gesetze verweigern kann.
Man kann jedoch nicht bestreiten, daß dem deutschen
Reichspräsidenten, wenn er eine gefällte Entscheidung
nicht zu billigen vermag, der Appell an das Volk
freisteht. Natürlich wird Hindenburg sich auch hier
von den Staatsnotwendigkeiten leiten lassen, wie es
ihm je stets ferngelegen hat, Populärkeits-Politik zu
treiben oder einer solchen Politik Konzessionen zu
machen.

Kurz zusammengefaßt kann man sagen, daß die
Besprechungen im Reichspräsidentenpalais einen dop-
peltten Zweck haben. Hindenburg will sich über die
Gründe der Gegner und der Befürworter des Young-
plans informieren und er will gleichzeitig Klarheit
über die Absichten der beiden Parteien erlangen. Mit
der Annahme der Youngpläne im Reichstag erlangen
diese Vorlagen natürlich noch keine Rechtskraft, son-
dern nach der Zustimmung des Reichstags muß auch
noch der Reichspräsident die Gesetze unterzeichnen, fer-
ner hat ein Drittel des Reichstags das Recht, die
Hinausschiebung der Verkündung der Gesetze zu
fordern.

In dem Kampf um den Youngplan stehen uns also
noch einige Wochen lebhafter Auseinandersetzungen
 bevor, je kürzer die Frist wird, die uns von der Ent-
scheidung trennt, desto größer werden die Leidenschaft-
ten werden. Im Auslande aber mag man aus diesen
Schluchtkämpfen die Erkenntnis schöpfen, daß auch der
Youngplan eine schwere Bürde für Deutschland be-
deutet und einen Urteilspruch darstellt, der unter
lebensspannung der deutschen Leistungs-
fähigkeit das deutsche Volk zu Opfern verdammt,
wie sie bisher noch von keinem Volke aufgebracht
worden sind.

Es wäre gut gewesen, wenn diese Grundein-
stellung in dem Kampf um den Youngplan stärker
als es tatsächlich geschehen ist, von allen Seiten zum
Ausdruck gebracht worden wäre, weil nach der In-
kraftsetzung des Youngplans diese Ueberbannung der
deutschen Leistungsfähigkeit schließlich den Kampf für
die Revision des Youngplans auslösen muß.

Hugenberg bei Hindenburg.

Das Büro des Reichspräsidenten veröffentlicht fol-
genden Bericht über den Empfang des deutschnationalen
Partei Führers und des Fraktionsvorsitzenden:

Der Reichspräsident empfing den Vorsitzenden der
Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugen-
berg, und den Vorsitzenden der Deutschnationalen
Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, die ihm ihre Auf-
fassung über den Youngplan, insbesondere ihre Be-
denken hinsichtlich des deutsch-polnischen Liquidations-
abkommens, der Garantieklausel und der Nichterlebi-
gung der Saarfrage, sowie der Untragbarkeit der dem
deutschen Volke erwachsenden Lasten darlegten. Der
Reichspräsident nahm diese Ausführungen mit Auf-
merksamkeit entgegen und erklärte, sich seine persön-
liche Entscheidung bis nach Beendigung der Ber-
atungen und der Beschlußfassung des Reichstages vor-
halten zu müssen.

Krise der Flottent Konferenz.

Erste Schwierigkeiten. — Frankreichs Forderungen
kören.

— London, 18. Februar.

Die „Times“ beschäftigt sich in einem längeren
Artikel mit dem bisherigen Verlauf der Flottent-
konferenz. Das Blatt verzeichnet eine wachsende Unge-
duld und spricht von noch immer vorhandenen ersten
Schwierigkeiten, trotzdem bereits seit vier Wochen ver-
handelt werde. Die Sorge um die Entwicklung der
Konferenz gehe aber weniger auf den langsamen Fort-
gang der Verhandlungen als vielmehr auf die durch
die französischen Forderungen eingetretene Wendung
zurück.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Tele-
graph“ weiß zu berichten, daß von englischer und ame-
rikanischer Seite vergebens versucht worden sei, Zar-
dien zu der Erklärung zu veranlassen, daß die fran-
zösischen Forderungen als höchstmaß anzusehen und
nur als Verhandlungsgrundlage gedacht seien.

Staatssekretär Etimison, der Führer der ameri-
kanischen Abordnung, habe seine Verärgerung über die
Unnachgiebigkeit Zaridiens deutlich gezeigt, indem er
das Verhandlungszimmer vorzeitig verlassen habe.
Wenn die französischen Forderungen anseherhalten
würden, so bliebe nach Auffassung der britischen Zah-
verköndigen Großbritannien nichts anderes übrig, als
die englischen und amerikanischen Ansprüche heraus-
zulegen.

Aber auch die Aussichten für ein Dreimächte-
Abkommen seien außerordentlich zusammenge-
schumpft, nachdem Japan zu verstehen gegeben habe,
daß es einer Einschränkung von alten Schlachtschiffen
vor 1936 nur zustimmen würde, wenn ein fünf-
mächte-Abkommen abgeschlossen werden könne, jedoch
nicht für den Fall eines Dreimächte-Abkommens.

Deutschland soll eingeladen werden.

Die „Daily News“ tritt in einem Artikel für die
Einladung Deutschlands zur Flottentkonferenz ein,
weil der Bau des deutschen Panzerkreuzers „Ersatz
Preußen“ von Frankreich benutzt werde, um die Not-
wendigkeit des Baues weiterer Schlachtschiffe als Ge-

genügt gegen diesen deutschen Schiffstyp zu er-
klären.

Den Versuchen, Deutschland in die Seeabstü-
debatte hineinzuziehen, steht man in den maßgebenden
deutschen Kreisen nach wie vor ablehnend gegenüber.
In der Begrenzung der Marinerüstungen hat Deutsch-
land bereits mehr getan, als es im nationalen In-
teresse gut und nützlich ist. Die geringe Flotte aber,
die uns geblieben ist, steht der in London in Aus-
sicht genommenen Rüstungsbegrenzung ganz gewiß nicht
entgegen. Wenn die Franzosen trotzdem immer wieder
auf den deutschen in Bau befindlichen Wunderkreuzer
zurückkommen, dann sicher nur deshalb, weil es ihnen
an ersten Argumenten fehlt. Es freut uns zwar,
unser Reichsmarine loben zu hören, nur vermag
alle Bewunderung nichts daran zu ändern, daß die
deutschen Panzerkreuzer nur ein Notbehelf und ein Er-
satzmittel sind, nämlich ein Ersatz für Linien-
schiffe.

Fortgang der Ausschußverhandlungen.

Prüfung der Moratoriums- und der Schutzklausel. —
Vertraulichkeit beschlossen.

Der Ausschuß und der Haushaltsausschuß des
Reichstags hielten eine gemeinsame Sitzung ab
und beschäftigten sich mit dem Fragenkomplex Zah-
lungsausschuß und Schutzklausel. Der Vorsitzende des
Ausschusses unterzog zu Beginn der Diskussion die
Notwendigkeit einer Beschleunigung der Verhandlungen.
Der Zentrumsabgeordnete Brüning beantragte
die Vertraulichkeit der Verhandlungen zu beschließen,
damit die Regierung ohne außenpolitische Rücksichten
ihre Ausführungen in aller Ausführlichkeit geben könne.
Die Abgeordneten Graf Westarp (Deutschn.) und Stoe-
cker (Komm.) wünschten Vertraulichkeit nur für be-
stimmte Ministererklärungen. In der Abstimmung
wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und
der Kommunisten volle Vertraulichkeit der Verhand-
lungen beschlossen.

Preußen-Wahlfrage abgewiesen.

Der Staatsgerichtshof bejaht die Gültigkeit des
preussischen Wahlgesetzes.

— Leipzig, 18. Februar.

In dem verfassungsrechtlichen Streitverfahren der
Volkspartei und des Völkisch-nationalen Bloß ge-
gen das Land Preußen hat der Staatsgerichtshof für
das Deutsche Reich unter dem Vorsitz des Reichsge-
richtspräsidenten Dr. Bunte die Anträge auf Erklä-
rung einzelner Bestimmungen des preussischen Wahl-
gesetzes als verfassungswidrig zurückgewiesen.

In der Urteilsbegründung führte Reichsgerichts-
präsident Dr. Bunte nach kurzer Bestätigung der Zu-
ständigkeit des Staatsgerichtshofs aus:

Nach Artikel 22, Absatz 1, der Reichsverfassung wer-
den die Abgeordneten sowohl zum Reichstag wie zu den
Landparlamenten der Länder in allgemeiner, geheimer,
unmittelbarer und allgemeiner Wahl nach den Grundgesetzen
des Reichs gewählt. Die Wahlordnung vom Gleichheits-
satz findet ihre verfassungsrechtliche Ausdeutung und daher
vom Staatsgerichtshof zu achten. Grundlage in Absatz 2
des Artikels 22 der Reichsverfassung, nach dem das Reichs-
wahlgesetz „das Nähere“ bestimmt.

Eine harte Bindung des künftigen Wahlgesetzes, die
einzelne dieser Grundgesetze bis zur letzten Konsequenz durch-
zuführen, kann die Verfassung nicht bezweckt haben. Dies
gilt auch von dem Grundgesetz der Wahlgleichheit.
Es handelt sich hierbei nicht um einen logisch-mathemati-
schen, sondern um einen rechtsgewissen. Gleichheit und Un-
gleichheit sind daher hier keine sich ausschließenden Gegen-
sätze, sondern Abstufungen und Uebergänge sind möglich
und denkbar.

Den Entscheidungen des ordentlichen Gesetzgebers kann
der Staatsgerichtshof nur dann entgegenstehen, wenn sie
offensichtlich der inneren Rechtfertigung entbehren und
wenn von ihnen deshalb mit Sicherheit gesagt werden
kann, daß sie dem im Absatz 1 des Artikels 22 der Reichs-
verfassung zum Ausdruck gelangten Willen des Verfassungs-
gesetzgebers zuwiderlaufen.

Die Zurückdrängung der Splitterparteien.

Die stützigen Bestimmungen haben ihre Grundlage
in der Erwägung, daß eine gewisse Zurückdrängung der
kleinen Parteien erforderlich sei und die Bildung einer pa-
lamentarischen Regierung nicht übermäßig zu erschweren
ist. Diese Erwägung vermag der Staatsgerichtshof nicht
als unerheblich zu bezeichnen. Die umstrittenen preussischen
Wahlrechtsvorschriften stimmen genau überein mit den ent-
sprechenden des Reichswahlgesetzes. Sind diese aber als ver-
fassungsmäßig anzuerkennen, so muß das gleiche für die
preussischen Bestimmungen gelten.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs bedeutet
also eine Befestigung der Gültigkeit des preussischen
Wahlgesetzes, so daß sich an der bisherigen Zusammen-
setzung des Preussischen Landtags nichts ändern wird.
Im Zusammenhang damit verbleibt es auch bei den
bisherigen Mehrheitsverhältnissen.

Zollfriedenskonferenz in Genf.

34 Mächte vertreten. — Die Eröffnungsaussprache
Graf Moltkes. — Zwei Aufgaben.

— Genf, 18. Februar.

In Anwesenheit von Regierungsvertretern aus
34 Staaten wurde in Genf die erste offizielle Kon-
ferenz über Zollfragen eröffnet. Den Vorsitz führt der
frühere dänische Außenminister Graf Moltke. Führer
der deutschen Abordnung sind Reichsernährungsmini-
ster Dietrich und Reichswirtschaftsminister Schmidt. Mit-
glieder der Abordnung Dr. Hilferding und Staats-
sekretär Dr. Trendelenburg. Deutsch-Österreich, Eng-
land und Frankreich haben ihre Handelsminister ent-
sandt. Die Vereinigten Staaten und fünf andere über-
seeische Mächte beschränken sich auf die Vertretung
durch Beobachter.

Zweck der Konferenz ist die Herbeiführung einer
Vereinbarung über einen sogenannten Zollwaffenstill-
stand, durch den für einen Zeitraum von zwei oder
drei Jahren Zollschönungen ausgeschlossen werden.
Nach der Erklärung des Staatssekretärs von Sauer-
land:

auf der Jannar-Tagung des Völkerbundes soll der
so geschaffene Zollfriede Grundlage und Ausgangspunkt
für eine Erleichterung der internationalen Wirtschafts-
beziehungen durch Abbau der Zollschranken und an-
derer Hemmnisse werden.

In seiner Eröffnungsaussprache schilderte der Prä-
sident Graf Moltke die bisherigen wirtschaftspoliti-
schen Verhandlungen des Völkerbundes und betonte
dabei, die große Weltwirtschaftskonferenz von 1927
sei, praktisch ohne Erfolg geblieben, weil die Beschlüsse
dieser Tagung die Regierungen nicht binden konnten.
Die gegenwärtige Konferenz sei eine erste Stufe für
ein gemeinsames Handeln der Mächte zur Beförderung
der europäischen Wirtschaft. Die Konferenz habe zwei
Aufgaben: den Abschluß eines Zollwaffenstillstan-
des und die Festlegung der großen Linien für die
weiteren Verhandlungen. Das Schwerkraft werde in
der großen Aufgabe liegen, ein breites Programm
für die weiteren Arbeiten zum Abschluß gemeinsamer
Abkommen auszuarbeiten. Die wirtschaftliche Beför-
derung Europas sei eine wesentliche und unabwiesliche
Voraussetzung für die wirtschaftliche Beförderung der
ganzen Welt.

In der Nachmittagsitzung legten die Vertreter
der drei einladenden Mächte — England, Frankreich
und Belgien — den grundsätzlichen Standpunkt ihrer
Regierungen zu dem Gedanken des Zollfriedens dar.

Die verfrachtete Beamtenbank.

Vergleichstermin in Berlin.

Im Vergleichsverfahren der Bank für deutsche
Beamte i. V. in Berlin wurden die Garantie- und
Vergleichsabkommen mit der Dresdner Bank und der
Spar- und Kreditanstalt für deutsche Beamte und An-
gestellte A. G. Berlin verlesen. Die Bevollmächtigten
der in Betracht kommenden verschiedenen Anstalten
erklärten nochmals, daß die Abkommen von ihren
Instituten aufrechterhalten werden.

Es wurde dann bekanntgegeben, daß zur Annahme
des Vergleichs die Zustimmung von 50 v. H. der
Kopfsahl und 75 v. H. der Kapitalzahl notwendig
sind, wobei die Abstimmung der Gläubiger und Gläu-
bigergemeinschaften getrennt vorgenommen werden müsse.
Nach den bisherigen Ergebnissen haben von den reinen
Gläubigern 6377 zugestimmt mit einer Kopfsahl von
74,2 v. H. und einer Kapitalzahl von 82,6 v. H.,
während von den Gemischten-Gläubigern 3879 zuge-
stimmt haben mit einer Kopfsahl von 60,7 und einer
Kapitalzahl von 81 v. H. Der Vergleich gilt somit als
angenommen.

Von der Generalsynode.

Letzte Vorbereitungen. — Tagung des Kirchenrats.
— Berlin, 18. Februar.

Der Kirchenrat der evangelischen Kirche der
Altpreussischen Union traf in zweitägiger Sitzung in
Berlin die letzten Vorbereitungen für die am 22. Fe-
bruar beginnende Generalsynode.

Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete
der kirchliche Haushaltsplan für das neue Rech-
nungsjahr, dessen endgültige Feststellung Sache der Ge-
neralsynode ist. Es handelt sich dabei um die vom
Kirchenrat in ihrem vollen Ernst empfundene Auf-
gabe, den durch die wirtschaftliche Lage bedingten Ge-
boten sorgsamster Sparsamkeit und den Erfordernissen
einer verantwortungsbewußten Arbeit der Kirche in
gleicher Weise gerecht zu werden. Insbesondere mußten
die kirchlichen Notstände in den Großstädten und in
den Öfgebieten und die kirchliche Versorgung der
Eidlungen in Betracht gezogen werden.

Einen weiteren Punkt der Verhandlungen bil-
dete ein von der Generalsynode zu beratendes Kirchn-
gesetz über Verwendung der Kandidaten des Pfarr-
amts im Hilfsdienst der Kirche, das dem Ziel
dient, der Kirche für die mannigfachen drängenden
Aufgaben der Gegenwart (u. a. Versorgung verwaister
Gemeinden) möglichst bewegliche Hilfskräfte zur Ver-
fügung zu stellen.

Polen-Feiern in Westpreußen.

Der polnische Staatspräsident in Thorn. — Der
„Freudenfeuer“ ist mißlungen!

— Thorn, 18. Februar.

In Anwesenheit des polnischen Staatspräsidenten,
mehrerer Minister und einer ganzen Anzahl Gene-
rale wurde in Thorn die Zehnjahrfeier der Befreiung
Westpreußens durch Polen begangen. Nach einem Feld-
gottesdienst begab sich der Staatspräsident mit Gefolge
auf den Altstädtischen Markt, wo Soldaten, militärische
und nationale Organisationen und Jugendvereine, ein-
schließlich einer militärisch geübten Mädchengruppe, vor-
beimarschierten. Aufrufe forderten dazu auf, mittags
12 Uhr, in der ganzen Provinz einen „Freuden- und
Siegesfeier“ auszustößen: „Es lebe das polnische Pom-
merellen!“ Die Kundgebung mißlang jedoch! Die Be-
völkerung, die dem polnischen Regime sehr kritisch
gegenübersteht und zudem noch unter Massenarbeits-
losigkeit zu leiden hat, legte sich trotz der Anwesen-
heit des Staatspräsidenten größte Zurückhaltung auf.
Sellen sah man in den Fenstern ein Porträt des
Marshall Pilsudski oder des Staatspräsidenten, dafür
desto mehr ihres Gegners, des Generals Goller.

Der russische Religionskrieg.

Protestkundgebung des deutschen Protestantismus.

— Berlin, 18. Februar.

Den großen öffentlichen Kundgebungen der evan-
gelischen Bevölkerung in London, Paris, Stockholm,
Amsterdam, Genf und Zürich zugunsten der Opfer der
Religionsverfolgung in Rußland hat nun auch die
protestantische Bevölkerung Berlins sich angeschlossen.
Der Einladung des Berliner Hauptvereins des Evan-
gelischen Bundes waren Tausende gefolgt. Schon vor
Beginn der Veranstaltung waren die weiten Hallen
der mächtigen St. Nikolauskirche gefüllt. Das Wort
führte eine Persönlichkeit, die mitten in den Wirren
der russischen Kulturauseinandersetzung gestanden hat,
Frau Anna Dahn, die Witwe des am 14. Januar
1919 von den Bolschewiken ermordeten Universitäts-
professors und Seelsorgers an der Universitätskirche

in Dorpat, D. Traugott Hahn. Wegen der Menge der Zuhörer sprach Hahn von der Kanzel, ein Vortrag, der in der Geschichte der Frauenwelt wie der Nikolaitische einzig dastehen dürfte.

Dem tiefen Eindruck, den die Ausführungen auf die Versammlung machten, gab D. Dr. Violet Ausdruck mit dem Versprechen der Protestanten Berlins, den Opfern der Verfolgung mit Gebet und tatkräftiger Hilfe Treue zu wahren. Dann sprach der Propst von St. Nikolai, Generalsekretär D. Händler, ein ergreifendes Gebet für Verfolgte und Verfolger.

Politische Rundschau.

Abklärung der deutsch-polnischen Roggenverhandlungen. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über die Regelung der Roggenausfuhr abgeschlossen worden.

Der deutsche Gesandte in Belgrad operiert. Dr. Köster, der deutsche Gesandte in Belgrad, erkrankte plötzlich an einer eitrigen Blinddarmentzündung und mußte sich in einem Sanatorium einer sofortigen Operation unterziehen.

Rundschau im Auslande.

1,2 Millionen Deutsche in Rußland.

Nach einer amtlichen russischen Statistik umfaßt die deutsche Bevölkerung in der Sowjet-Union etwa 1 240 000 Personen. Davon leben fast 400 000 in der Ukraine und etwa ebensoviel in der Wolgadeutschen Republik. Neben der Republik der Wolgadeutschen bestehen elf deutsche Bezirke und 333 deutsche Dorfschaften. Die Kollektivierung hat im allgemeinen ein Viertel der deutschen Bauernwirtschaften erfaßt in der Wolgadeutschen Republik schon 70 v. H. 56 v. H. der Deutschen in der Sowjet-Union sind des Lesens und Schreibens kundig.

Letzte Meldungen.

Deutschlands Reparationszahlungen.

Berlin, 18. Februar. Der Reparationsagent veröffentlicht eine Übersicht über die Gesamteinnahmen und seine Verfügungen darüber für den Januar 1930 auf Grund des Haager Abkommens. Die von Deutschland erhaltenen Summen betragen 184,2 Millionen Mark, davon wurden für den Dienst der deutschen Auslandsanleihe von 1924 7,4 Millionen Mark verwandt, an die Gläubigermächte gelangten 113,5 Millionen Mark zur Verteilung. Vom 1. September 1929 bis 31. Januar 1930 wurden 835 Millionen Mark bezahlt, davon erhielten die Gläubigermächte 530,6 Millionen Mark. Außer den gemäß dem Haager Protokoll vorgesehenen Zahlungen hat der Reparationsagent von Deutschland vom September bis Januar noch 223,8 Millionen Mark erhalten. Dazu kommen an noch nicht verteilten Zinsen 3,9 Millionen

Mark, zusammen also 227,7 Millionen Mark, die am 31. Januar 1930 den Aktivsaldo bilden.

Vertagung der Reichstags-Sitzung?

Die Sachverständigenbesprechungen und die Ausschüsseberatungen sind noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 18. Februar. Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien nahm gestern Abend einen Vortrag des Reichsfinanzministers Dr. Meißner über die Verhandlungen mit den Finanzministern der Länder entgegen. Die weitere Besprechung der Sanierung der Arbeitslosenversicherung wurde auf Dienstag vertagt. Heute soll dann auch die vertagte Besprechung der sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen über diese Frage stattfinden. Die Vollziehung des Reichstages, die für Mittwoch nachmittag einberufen ist, wird wahrscheinlich wegen der noch andauernden Beratungen der vereinigten Ausschüsse über den Youngplan auf einen späteren Termin vertagt werden.

Die französische Regierung zurückgetreten.

Ein neues Kabinett Tardieu?

Paris, 17. Februar. Die französische Regierung ist nach der zu ihren Ungunsten ausgefallenen Abstimmung in der Kammer (281:286) zurückgetreten. Ministerpräsident Tardieu, der durch Krankheit ans Bett gefesselt ist, hat den Finanzminister beauftragt, noch im Laufe des heutigen Abends dem Präsidenten der Republik schriftlich den Rücktritt der Regierung zu unterbreiten, um eine klare politische Lage zu schaffen.

Die französische Regierung zurückgetreten.

Allgemein ist man in politischen Kreisen der Auffassung, daß Doumergue wieder den bisherigen Ministerpräsidenten Tardieu, mit dessen Wiederherstellung man bestimmt am Mittwoch oder Donnerstag rechnet, mit der Regierungsbildung beauftragen wird. Auf keinen Fall erwartet man, daß eine wesentliche Verschiebung des Gesamtbildes nach links erfolgt. Vielmehr wird Tardieu auch die Beibehaltung des Kriegsministers Maginot als führenden Vertreter des rechten Kammerflügels zur Bedingung machen. Andererseits ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß vielleicht der nun wieder gesundete Poincaré Finanzminister wird.

Sozial- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Bielefelder Kartell, hatte aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Bundes zu einer Festversammlung eingeladen, die am Sonnabend, dem 15. Februar, in der Aula der Gellienhalschule stattfand. Eine stattliche Zahl hatte sich eingefunden, als der Kartellvorsitzende H. E. M. die Versammlung eröffnete. Als Festredner war Herr Professor Theodor Brauer aus Köln gewonnen, der selbst aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, einen gediegenen Vortrag hielt über: „Kultur und Gewerkschaft“.

Der Redner betonte, daß es nicht angängig sei, die Gewerkschaft nur als Werkzeug anzusehen, das nur dazu diene, den Kampf um die Existenz, um Lohn u. Arbeitszeit zu führen. Die Zeit habe den Gewerkschaften gewaltige Erziehungsaufgaben für die Menschen und für die Wirtschaft überhaupt gewiesen. Ein Rückblick auf Entstehen und Entwicklung, besonders auch der christlichen Gewerkschaften zeigte, welche Kulturaufgaben der Bewegung zufielen.

Nach dem mit dankbarem Beifall aufgenommenen Vortrag legte Herr Siemisch der Versammlung noch eine Entschlüsselung vor, die die Reichsregierung auf ihre Pflichten in bezug auf Sozialgesetzgebung und gerechte Verwaltung und Verwendung der Mittel, die durch die Sozialversicherungen aufgebracht werden, hinwies.

Belhet.

Christlicher Verein junger Mädchen. Morgen, Mittwoch abend: Chorstunde im Vereinslokal.

Am kommenden Mittwoch, dem 19. Februar, zeigen wir im großen Saal des Asaphheims den schönen

Märchenfilm

„Frau Holle“

und den gigantischen Film

„Die weiße Wunderwelt Alaskas“.

Die Vorstellungen finden statt: um 2 Uhr für die Jassen der Frauenhäuser, um 1/2 Uhr für die Jassen der Männerhäuser, um 1/2 Uhr für jedermann.

Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf für Erwachsene 60 Pfg., für Jugendliche bis zu 17 Jahren 30 Pfg., an der Abendkasse 75 und 40 Pfg.

Christlicher Verein junger Männer. Außergewöhnliche Versammlung am Donnerstag, 14. Uhr in Gelsen. Reichssekretär Dr. A. Otto Horsch-Wittenberg spricht zu uns. Herzliche Einladung an alle. Gäste herzlich willkommen. Nachmittags 5 1/2 Uhr spricht Dr. Horsch zu der Jungchar.

Die Geburt unseres zweiten Kindes, eines kräftigen Jungen zeigen in dankbarer Freude an

Pfarrer Sobrecht und Frau Hedwig geb. Beuthner

Gelsenkirchen - Buer i. W., den 15. Februar 1930.

Gemüse-, Feld- u. Blumenamen

Anforderungswürdig: Dahlien, Gladiolen, Begonien. Baumfarnpflanzen: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen. Nadelbölzer. - Blütenpflanzen usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Korbwaren

Sessel und Körbe in Weide und Peddigrohr



Rein Aluminium-Geschirre Töpfe, Kaffeekannen usw.

Tiberias-Werke der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Preisliste wird auf Wunsch geliefert.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Schriftleitung: W. Kraus; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Meinst. Dame in reiz. Häusch. in Gart. wohn., sucht 2. 1. 4. geb. jg. Mädchen, nicht unt. 17 J., heiter nur Sitts., als Haustochter zur Bes. ihres H. Haushalts u. Garten, bei gut. Anleitg. Gelegen. am Nachm. noch Näh- od. and. Kurse zu bes. Kl. Taschengeld. Anfr. m. Rückp. an Schw. Adelb. Rißling, Tübingen, Jollernstr. 25.

Tüchtiges Hausmädchen gesucht. Irrgang, Bielefeld, Bismarckstraße 40.

Suche für meine Tochter, 25 J. alt, Lyzeumbildung und gute Kenntn. in Buchführung, Stenogr. Schreibmaschine.

Stellung als Haustochter am liebsten auf dem Lande in christl. Familie, bei vollem Familienanhang, wo Mädchen vorh. Frau Martha Engelhardt, Stettin, Paradeplatz 23.

3g. Haushaltungs- u. Handarbeitslehrerin sucht 3. Diern ev. als Praktikantin mit Taschengeld. Angebote an Giebel, Harburg a. Elbe, Karlstraße 28.

Chauffeur

Christlich gef., gelernter Schlosser, Führerschein II u. III, übernehme auch andere Arbeiten mit Vergütung unter A 6174 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Stadt-Sparkasse BIELEFELD

Geschwister, gedenkt bitte meines Hauses bei Bedarf in

Schleswig-Holsteinischer Meierhof-Tafelbutter

Versand allerfeinster Ware, täglich morgens frisch erzeugt in 9 Pfund Postpaketen.

Ich beliebere mit sehr wenig Ausnahmen nur gläubige Häuser.

Thomas Henningsen, Butter-Versandhaus, Schöndorfer bei Süderbrarup, Kreis Schleswig.

Christliches Erholungsheim „Viel“. Bad Drenthausen, Bielefeld, 15. Bart, 1. und 2. Etg. 18 gut eingerichtete Zimmer. Abendessen. Wäsche. Nähe des Kurparks und der Bäder. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Sachsa. Bismarckstr. 40. Bielefeld. Christliches Erholungsheim „Fürst Bismarck“, Februar bis November geöffnet. Zentralheizung, elektr. Licht, gute Verpflegung. Preis 2,50 bis 5,- M. Fernruf 3334

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bismarckstr. 40. Bielefeld. Christliches Erholungsheim „Fürst Bismarck“, Februar bis November geöffnet. Zentralheizung, elektr. Licht, gute Verpflegung. Preis 2,50 bis 5,- M. Fernruf 3334

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Hospize und Heime

Bielefeld. Kaiser Wilhelm Hosp. bei Wanne i. Holstein. Gutes christl. Erholungsheim für am Leid. Beste Verpflegung, täglich frische Milch, das eigene Landwirtsch. Tagespreis je nach Zimmer 4-5 M. Frau Agnes Bargmann, geb. Goebelein.

Dormund. Christl. Hospiz „Weinhaus“. Bismarckstr. 40. 9 Min. vom Hauptbahnhof. Elektr. Licht, Zentralheizung. Freundschaftsheim. Zimmerpreis 2,50 bis 5,- M. Fernruf 3334

Bad Godesberg. A. H. Haus v. Below Christl. Familienpension. Auguste-Bismarckstraße 75-77. Zimmer mit Pension von 5,- M. an. Das ganze Jahr geöffnet.

Hohentel. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Christl. Erholungsheim Bielefeld. 6. Station a. d. Straße Drenthausen. Bielefeld. Christliches Erholungsheim „Fürst Bismarck“, Februar bis November geöffnet. Zentralheizung, elektr. Licht, gute Verpflegung. Preis 2,50 bis 5,- M. Fernruf 3334

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Bahnhofstraße 30. Billige Preise. Zimmer von 1,50 bis 3,- M. Gute, einfache Speisen.